



► **Sport**

VfB gegen Dortmund:
Das Duell der Torhüter

Seite 14

► **Stuttgart**

Stadt will Waffen
in der Innenstadt verbieten

Seite 8

► **Wirtschaft**

Schell wird neuer
EnBW-Chef

Seite 9



► **Politik**

Lauterbach verteidigt
neue Quarantäneregeln

Seite 2

Opposition fordert Luchas Entlassung

DP und SPD wollen den Landtag zu einer Bühne für eine Generalabrechnung mit Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) machen. Die beiden Fraktionen beschlossen am Dienstag einstimmig einen Entlassungsantrag, mit dem sie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) drängen wollen, den Minister wegen „eklatanter Fehlleistungen“ in der Pandemiepolitik zu feuern. Lucha habe keine Autorität mehr und schade dem Vertrauen in die Politik. Die AfD hat unterdessen angekündigt, sich dem Antrag anschließen zu wollen. Kretschmann hingegen stellte sich hinter seinen Minister. Der Grünen-Fraktionschef nannte den Antrag unbegründet und lächerlich. *dpa* Seite 3

► **Kommentar**

Die neue Zerreißprobe

Wie lange wird die Solidarität in Deutschland diesmal halten? Die Politik muss sich ehrlich machen.

Von Annika Grah

Das ist es wieder: Das warme „Wir“-Gefühl, das wir schon aus dem Jahr 2015 und den ersten Wochen der Pandemie kannten. Eine Welle von Hilfsbereitschaft schwappt durch Deutschland. Geflüchtete aus der Ukraine werden am Bahnhof von freiwilligen Helfern in Empfang genommen. Es häufen sich Berichte über Menschen, die ihren privaten Raum als Unterkunft anbieten. Und eine knappe Mehrheit sagt im aktuellen BaWi-Check: Lasst unbegrenzt Flüchtlinge rein.

Die Vorzeichen, dass das so bleibt, sind schlecht. Die Menschen im Land haben Zukunftsorgen, größer als während der Pandemie. Die Inflationen und die Energiepreise gepaart mit noch unklaren Folgen des Krieges für die Wirtschaft in Deutschland tun ihr übriges. Der ewige Wohlstand der Nachkriegsgenerationen scheint auf einmal endlich. Wird das Wohl der Geflüchteten vor das eigene Wohl gestellt werden? Schon jetzt fällt es den Menschen schwer zu benennen, auf welche staatlichen Leistungen sie verzichten würden. Eines ist schon jetzt klar. Für alles wird das Geld nicht reichen, wenn die Wirtschaft so abstürzt, wie es die Prognosen aktuell prophezeien und damit auch Steuereinnahmen ausbleiben. Die Regierungen in Land und Bund sollten daher keine Trostpflasterchen in Form von Entlastungspaketen verteilen, sondern sich ehrlich machen – und die Bevölkerung darauf vorbereiten, dass die Zeiten sich ändern werden.



Die Umfrage zeigt auch: Ukrainische Flüchtlinge werden mehrheitlich gerne empfangen.

Foto: dpa/Stefan Puchner

Die Stimmung im Land ist so schlecht wie lange nicht mehr

Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Der Ukraine-Krieg lässt zwei Drittel der Bürger skeptisch oder besorgt nach vorne blicken. Eine Mehrheit will die Energieversorgung mit Atomkraft sichern.

Von Christian Gottschalk

An diesem Mittwoch wird Baden-Württembergs Ministerpräsident ein voraussichtlich recht trübes Bild der Zukunft zeichnen. Winfried Kretschmann (Grüne) macht die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zum Thema seiner Regierungserklärung. Dass er mit tief greifenden Auswirkungen und Wohlstandsverlusten im Südwesten rechnet, hat Kretschmann bereits durchblicken lassen. Er trifft damit die Stimmung der Menschen im Land. Die ist so schlecht wie schon lange nicht mehr. Das ist das Ergebnis des BaWi-Checks, einer repräsentativen, von baden-württembergischen Zeitungen getragenen, Umfrage des Instituts für Demoskopie Al-

lensbach. Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt. 33 Prozent schauen skeptisch nach vorne, 34 Prozent sogar mit ausgeprägten Befürchtungen für die nächsten Monate. Nie zuvor haben die Demoskopien solche Werte gemessen.

Konkret sorgen sich die Menschen unter anderem um die Sicherheit der Energieversorgung. Gestiegene Preise für Gas, Öl, Benzin oder Diesel haben das Bewusstsein genährt, dass der bisher gewohnte Wohlstand an seine Grenzen kommt. 87 Prozent geben an, dass die steigenden Energiepreise eine Belastung sind. 69 Prozent haben eine klare Vorstellung darüber, was der Staat gegen die

steigenden Preise unternehmen soll: Steuern senken, heißt es da. Beim Thema Umgang mit der Energie scheiden sich die Geister. Ein Tempolimit unterstützen nur 37 Prozent. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent möchte allerdings die Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Deutlich positiver ist die Stimmung der Baden-Württemberger gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen. 51 Prozent sagen, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen sollte wie möglich. 43 Prozent sprechen sich für eine Begrenzung aus. Lediglich sechs Prozent plädieren dafür, möglichst wenige oder gar keine Flüchtlinge aufzunehmen. Zwölf Prozent der Menschen im Land geben an, sie hätten die räumlichen Möglichkeiten, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Seite 5

1400 Euro Einmalzahlung für Chemiebeschäftigte

Tarifabschluss im Zeichen des Ukraine-Krieges ohne reguläres Lohnplus. Vorbildwirkung für die Metall- und Elektroindustrie?

Von Matthias Schiermeyer

Der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen auf die Unternehmen überschattet nun auch massiv die Tarifpolitik. Am Dienstag einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaft der chemisch-pharmazeutischen Industrie auf einen Brücken-Tarifvertrag, bevor im Oktober über höhere Entgelte weiterverhandelt wird.

Der Kompromiss bringt den 580 000 Tarifbeschäftigten keine reguläre Lohnerhöhung. Doch werde ihnen mit einer Einmalzahlung in Höhe von 1400 Euro eine „finanzielle Brücke“ für sieben Monate gebaut, wie beide Seiten betonten. Damit sollen einerseits die explodierenden Energiepreise und hohen Teuerungsraten ausgeglichen werden – andererseits sollen die Unternehmen ohne dauerhafte Kostenbelastungen durch die

Phase großer Unsicherheiten kommen. Die Chemieindustrie wäre besonders heftig von einem Lieferstopp für russisches Gas betroffen. Die Rufe nach einem solchen Embargo werden in Deutschland immer lauter – speziell nach Aufdeckung der russischen Kriegsverbrechen in der ukrainischen Stadt Butscha. Wie zuvor die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sprach sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) gegen einen sofortigen Stopp der Gas-Importe aus – dies würde derartige Gräueltaten nicht verhindern, sagte er am Dienstag. Es sei „ziemlich abwegig“, einen solchen Zusammenhang herzustellen.

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist die drittgrößte deutsche Industriebranche. Ob der Abschluss eine Vorbildwirkung für die Metall- und Elektroindustrie hat, deren Tarifrunde Mitte September startet, hängt jedoch vom weiteren Verlauf des Kriegs ab.

IHK Region Stuttgart will Satzung ändern

Das Präsidium plant mehr rechtliche Sicherheit. Kritiker sprechen von einem Angriff auf die Demokratie.

An diesem Mittwoch sollen die Vertreter der gut 160 000 Unternehmen in der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart (IHK) über eine Satzungsänderung diskutieren. Vorgeschlagen werden unter anderem eine Anhebung der Quoren für Sondersitzungen und geheime Abstimmungen. Außerdem sollen virtuelle und hybride Formate für die Vollversammlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter verankert werden. Es darf mit einer kontroversen Debatte gerechnet werden, denn Vorwürfe gibt es bereits von der kammerkritischen Kaktus-Gruppe innerhalb der IHK. Sie wirft dem Präsidium vor, die Vollversammlung entmachten zu wollen, und sieht in den Plänen einen „Angriff auf die Demokratie“. Seit einigen Jahren setzen sich die Kakteen kritisch mit den Kammern auseinander. *jbo*

► **Esslingen**

Ein Haus für die, die darin wohnen



Foto: Ines Rudel

Mit alternativen Wohnformen hat sich Esslingen bislang nicht an die Spitze des Wohnungsmarkts gesetzt. In Hohenkreuz könnte jetzt aber das erste autonome Mietwohnungsprojekt in der Stadt entstehen. Etwa 30 Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben sich zusammengefunden, um mit der nicht kommerziellen Beteiligungsgesellschaft Miethäuser-Syndikat ein Haus zu bauen, das in Kollektiveigentum übergeht. Seite 15

► **Reichenbach**

Wenn plötzlich die Haare ausfallen

Cita Schmid leidet von Kindesbeinen an unter kreisrundem Haarausfall. Erst schien es, als würde eine Therapie ansprechen, aber dann kam die Krankheit wieder zurück. Die 21-jährige Studentin aus Reichenbach hadert nicht mit ihrem Schicksal, sondern hat ihre Krankheit akzeptiert und kann mittlerweile gut damit umgehen. Seit einem knappen Jahr trägt sie auch eine Perücke. Seite 20

► **Kreis Esslingen**

Mitstreiter für den Kneippverein gesucht



Foto: Kneipp-Bund/Jäckle

Kneippen ist mehr als Wassertrinken. Es geht um eine ganzheitliche Gesundheitsvorsorge, die auf den Lehren von Pfarrer und Naturheilkundler Sebastian Kneipp basiert. Die Fünf-Säulen-Philosophie ist moderner denn je – dennoch ist es gar nicht so einfach, einen Kneippverein ins Leben zu rufen. In Esslingen soll die Gründung am 14. Mai erfolgen, noch fehlt es aber an Mitstreitern. Seite 21

► **Sport**

Neues Derby in der 3. Liga

Die Handballerinnen der HSG Leinfelden-Echterdingen haben den Aufstieg in die 3. Liga geschafft. Der Jubel war entsprechend groß. Damit bekommt der TSV Wolfslugden einen neuen Derby-Konkurrenten – und auch der TV Nellingen, wenn sich das Team in der bevorstehenden Abstiegsrunde durchsetzt. Einige HSG-Spielerinnen haben eine Nelliger Vergangenheit. Seite 12

► **Heute** 16°
7°
► **Morgen** 13°
8°

Heute überwiegend stark bewölkt und dazu böiger Südwestwind. Morgen meist bedeckt mit anhaltendem Regen.

► **Rätsel** Seite 26 ► **Börse** Seite 10
► **Fernsehen** Seite 26 ► **Wetter** Seite 24

